№ 391
A 165

Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 19. August 1922

Vossische Zeitung

Begründet 1704

3 Mark
Im Ausland: 4 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 80 Mark, unter Streifband 120 Mark im Inland, 150 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 25 Mark, Familienanzeigen 10 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

125 Milliarden für Teuerungszulagen.

Neue Eisenbahn- und Posttariferhöhung.

Die vom Reichskabinett gutgeheißenen Vereinbarungen zwischen den Vertretern des Reichsfinanzministeriums und denen der Beamten- und Arbeiterorganisationen bringen im Endeffekt, wie bereits in der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt worden ist, den Beamten eine Erhöhung ihrer Gesamtbezüge um 38 v. H., den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 12 M.

Man wird Befriedigung darüber empfinden müssen, daß die Auseinandersetzungen über die Neuregelung der Beamtenbesoldung und der Arbeiterlöhne in den Staatsbetrieben so rasch zu einem Einvernehmen geführt haben und daß schwere Kämpfe, wie sie vor einigen Monaten durchgemacht wurden, vermieden worden sind. Beamten und Arbeitern sind die Erhöhungen zu gönnen, sie bewegen sich im Rahmen des Angemessenen und entsprechen ungefähr der durchschnittlichen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die in den letzten Wochen infolge der Entwertung der deutschen Mark eingetreten ist. Die Mehrbelastung aber, die sich aus der Neuregelung für die Finanzen des Reiches ergibt, beläuft sich, wie man aus dem Etat leicht feststellen kann, auf rund 125 Milliarden Papiermark, d. h. mit anderen Worten, der ganze mühsam aufgerichtete und ausbalanzierte Haushaltsplan des Reiches ist dank den Reden und Noten Poincarés, die den Dollar immer mehr in die Höhe gebracht, die Mark immer mehr in die Tiefe gedrückt haben, wieder einmal völlig über den Haufen geworfen.

Die Reichsregierung muß nach neuer Deckung für die neuen Ausgaben suchen, und sie kann sie, wenn auch nur zum Teil, zunächst lediglich in einer Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife finden. Es steht uns eine neue Erhöhung der Eisenbahngütertarife um 50 v. H. vom 1. September und eine weitere Erhöhung der so um die Hälfte gesteigerten Sätze ab 1. Oktober bevor. Der Postbeirat ist ebenfalls zusammenberufen worden, um eine Erhöhung der Postgebühren, vermutlich ebenfalls vom 1. September ab, zu beschließen.

Tariferhöhungen bei der Eisenbahn und bei der Post bedeuten eine weitere Belastung unseres ganzen geschäftlichen und Warenverkehrs, eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel, Kleidung und Kohle. Furchtbar nahegerückt ist die Gefahr, daß eine der wertvollsten Schichten der Bevölkerung, der Mittelstand, in dem sich die überwiegende Zahl der Festbesoldeten, der geistigen Arbeiter vereinigt, durch die immer empfindlicher werdende Verschlechterung der Lebenshaltung aufgerieben wird.

In seiner warmherzigen Rede an die Vertreter der ausländischen Presse hat Reichskanzler Dr. Wirth dieses Gefahrmoment stark unterstrichen und aufgezeigt, daß die Politik der Drohungen und Sanktionen eine Politik der Zerstörung und nicht des Aufbaus ist. Fünf Wochen Poincaréscher Politik der Drohungen und Sanktionen haben Deutschland viele Hunderte von Milliarden Papiermark gekostet — von denen die 125 Milliarden für die Neuregelung der Beamtenbesoldung, Arbeiterlöhne nur ein kleiner Bruchteil sind — und jede Möglichkeit für Deutschland, auf das Reparationskonto zu zahlen, jede Aussicht Frankreichs, in absehbarer Zeit auf dieses Konto irgend etwas zu erhalten, völlig zunichte gemacht. Ungeheure Werte sind nutzlos vernichtet worden.

Der Dollar ist gestern nachbörslich in Berlin mit 1260 M. gewertet worden. Kabelmeldungen aus New York kündigen an, daß die Mark an der New-Yorker Börse gestern abend nur noch 7¼ Cent gegolten habe, was einer Parität von etwa 1400 M. für den Dollar entspricht. Das ist eine Ziffer, die doch auch dem französischen Ministerpräsidenten zu denken geben sollte.

Die Pariser Meldung in der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung", daß Bradbury und ein französisches Mitglied des Garantieausschusses — es ist Herr Mauclère — von der Reparationskommission den Auftrag erhalten haben, nach Berlin zu reisen, wird offiziell bestätigt. Die beiden Herren werden Sonntag abend hier eintreffen und am Montag ihre Verhandlungen mit der Reichsregierung beginnen. Die Besprechungen werden sich nicht auf die Moratoriumsfrage allein erstrecken, sondern auf das ganze Reparationsproblem ausdehnen müssen. Nichts kann Deutschland erwünschter sein, als daß die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit mit aller Gründlichkeit erfolge und daß der Reparationskommission ein möglichst getreues Bild des augenblicklichen finanziellen Zustandes Deutschlands übermittelt werde.

Wenn die Reparationskommission nur nach diesen sachlichen Gesichtspunkten ihre Entscheidung treffen sollte, dann würde sie eine „Verfehlung" Frankreichs an dem Gedanken des europäischen Wiederaufbaus feststellen müssen und die Unmöglichkeit Deutschlands, in nächster Zeit Reparationszahlungen zu leisten. Deutschland braucht jetzt nicht mehr nur eine Atempause, es bedarf einer langen Rekonvaleszenz, um sich von dem finanziellen Zusammenbruche einigermaßen zu erholen, den es der Politik der Alliierten verdankt.

Bradbury und Mauclere kommen Sonntag.

Verhandlungen über eine Lösung des Konfliktes.

✱ **Paris**, 18. August.

Die Reparationskommission hielt heute früh ihre gewohnte Wochensitzung zur Erledigung der laufenden Geschäfte ab. Dabei wurde natürlich der private Meinungsaustausch zwischen den Delegierten über den deutschen Moratoriumsantrag fortgesetzt und die Kommission faßte, wie bereits heute morgen berichtet wurde, den Beschluß, einen Sonderausschuß nach Berlin zu entsenden. Das der Presse übergebene Communiqué lautet:

„Nach einem privaten Meinungsaustausch sind die Mitglieder der Reparationskommission gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten und haben den einstimmigen Beschluß gefaßt, Sir John Bradbury, den englischen Delegierten in der Kommission, und den zweiten französischen Delegierten und Vorsitzenden des Garantiekomitees, Mauclère, zu bitten, sich nach Berlin zu begeben, um gewisse unerläßliche Informationen von der deutschen Regierung einzuholen."

Außer Sir John Bradbury werden der Sekretär der Reparationskommission Berger und der Sachverständige Felkin nach Berlin reisen. Dieser Spezialausschuß gedenkt morgen abend abzureisen und bereits Montag die Besprechungen mit dem Reichskanzler Wirth zu eröffnen.

Der „Intransigeant" meint, die Unterhaltungen der Bevollmächtigten der Reparationskommission in Berlin würden sich kaum um die Frage der Zahlungen drehen, denn die Kommission und die deutsche Regierung hätten ihre Ansichten genügend klar gelegt. Man werde sich **vielmehr über die Möglichkeit einer Lösung des jetzigen Konfliktes unterhalten und vor allem über die Zahlungsmodalitäten, Pfänder usw. sprechen, kurz, über alles, was mit der Lösung des ganzen Problems zusammenhänge.** Bisher, so meint der „Intransigeant", glaube man in interessierten Kreisen, daß ein Mittelweg gefunden werden wird.

Nachdem in den letzten Tagen mehrfach in der englischen Presse in auffallender Weise die Vermutung ausgesprochen war, es seien zwischen Deutschland und Frankreich direkte Verständigungsversuche im Gange (obwohl in Berlin nicht das mindeste bekannt ist. D. Red.), reagiert heute der „Intransigeant" auf diese Fühler mit einem Artikel, der offenbar den Zweck verfolgt, den Engländern vor Augen zu führen, daß Frankreich auch anders könne, wenn die englische Politik Frankreich weiter enttäusche.

Millerand habe, so wird gesagt, die Gefahr vorausgesehen, als er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident im Senat eine „wirtschaftliche Entente mit Deutschland" befürwortete. Loucheur habe im Kabinett Briand den gleichen Weg beschritten, als er das Wiesbadener Abkommen traf. Loucheur habe richtig gesehen, trotz aller Kritiken. Bei einer richtigen Ausführung der Wiesbadener Vereinbarungen hätte Frankreich bereits 1½ Milliarden erhalten.

Man dürfe ferner nicht vergessen, daß England seine Aufregung über dieses Abkommen nicht verhehlt habe, bis es durch die Zusatzabkommen Gillet und Bemelmans dasselbe erhalten hätte. Wenn heute gewisse deutsche Staatsmänner eine Annäherung an Frankreich suchen würden, um zu einem direkten Abkommen zu gelangen, so dürfte man sich hierüber nicht wundern. Die Enttäuschung Frankreichs darüber, selbst die Sachleistungen reduziert zu sehen, mache eine Verständigung von Volk zu Volk leichter und der Schuldner könne seinen Vorteil darin suchen, sich zunächst mit demjenigen Gläubiger zu verständigen, den er am meisten fürchtet. Der Artikel schließt mit der Bemerkung, es sei garnicht schlecht, daß Frankreich, das sich jetzt zu sammeln habe, ehe es eine neue Politik beginne, zwei Wege vor sich habe.

c **London**, 18. August.

Während Lloyd George ruhig in Criccieth sitzt und seine Memoiren diktiert, zeigen sich die Londoner Blätter sehr aufgeregt über die angeblichen Aussichten auf einen Wechsel in der französischen Politik. Das Foreign Office allerdings läßt sich nicht aus der Ruhe bringen und sagt, die Nachrichten aus Paris seien nur darauf berechnet, den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage zu erschüttern.

Kabinettswechsel in Japan.

Von
J. Plaut,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

✱ **Tokyo**, im Juni.

Als im November vorigen Jahres Ministerpräsident Hara durch Mörderhand fiel, wurde, ohne die sonst üblichen Streitigkeiten, der bisherige Finanzminister, Vicomte Takahashi zum Vorsitzenden der Seiyukai zum Chef des Kabinetts gewählt. Es war eine Enttäuschung, daß ein so energischer Mann von solchen wirtschaftlichen Erfahrungen nichts für eine Erleichterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu tun vermochte, für den dringlichst nötigen Abbau der Preise, die die Ausfuhr teilweise schon zugrunde gerichtet haben und im Inlande durch immer noch steigende Schutzzölle und durch systematische Produktionseinschränkungen aufrechterhalten werden. Der Einfluß des Großkapitals auf die Regierung ist eben größer als irgendein anderer, und die Parteien geben ihm, soweit sie nicht überhaupt mit ihm sich identifizieren, leicht und gern nach. Einfach deshalb, weil eine Regierungspartei, die den Wünschen einer der beiden miteinander wieder eng liierten Großmächte im Staate — neben dem Kapital ist es die in sich gespaltene Gruppe der Militär- und Flottenführer —, nicht nachgibt, sehr bald aufhören würde, in Amt und Würden und in den Pfründen zu sitzen.

Nun wäre freilich gerade jetzt, seit dem Frühling dieses Jahres, nämlich seit dem Tode des großen Yamagata, für einen Parteiführer ganz großen Stils vielleicht die Möglichkeit gewesen, jenen Bannkreis zu durchbrechen und das Parlament, das heißt die Parteien des Unterhauses, zum Range einer dritten Großmacht zu erheben. Hara hätte es vermocht, hätte, da die Parteien ja politisch ideen- und überzeugungslos sind, wenigstens für sich persönlich als Haupt der Seiyukai diese Position gewinnen können. Ohne ihn drohte die Seiyukai zu zerfallen, sich in Gruppen unter Führern zweiten und dritten Ranges zu spalten, um sich dann teilweise unter dem alten Namen, teilweise vielleicht unter einem neuen zusammenzuschließen und Ueberläufer von anderen Parteien anzulocken oder selbst Anschluß bei der zweitgrößten Partei, der Kenseikai, zu suchen — je nach Aussichten und Preis, die man von dieser oder jener Seite erwartete oder erhielt. Zu diesem Zerfall ist es nicht gekommen. Anfangs wegen der außenpolitischen Sorgen (Washington!), dann zum Teil wegen des Besuchs des Prinzen von Wales, dem man nicht das Schauspiel einer inneren Krise bieten wollte. Und schließlich wegen des wenig erwarteten stärkeren Auftretens einer neuen nach Macht strebenden Gruppe, mit der zusammenzuarbeiten sich plötzlich Gelegenheit bot. Auch wenn man dafür zunächst auf Titel und Würden, auf direkte Vertretung in der Regierung, auf Kabinettsposten verzichten, scheinbar ganz in den Hintergrund treten mußte. Denn was man auf diese Weise rettete, und vor allem, was man sich dadurch für die Zukunft sicherte, war mehr, sehr viel mehr, als der momentan aus ein paar Ministerportefeuilles zu ziehende Nutzen.

Aeußerlich und in den Hauptpunkten stellte sich diese auf verschlungenen und oft sehr heimlichen Pfaden herangereifte Entwicklung folgendermaßen dar: Im Oktober 1921 war das Kabinett Hara bereits drei Jahre im Amt, eine für Japan ganz ungewöhnlich lange Zeit. Das japanische Publikum liebt den häufigeren Wechsel, auch die Parlamentarier und ihr Anhang, selbst Mitglieder der Regierungspartei. Zum Teil aus einer Art Gerechtigkeitssinn. Andere Leute müssen auch mal herankommen und etwas davon haben! Also nicht eigentlich aus politischer Unzufriedenheit, aus Unzufriedenheit mit der Politik des jeweiligen Kabinetts. Da das nächste es kaum anders machen würde. Das verstand Hara und war bereit, die Konsequenzen zu ziehen. So, daß er einem andern, einem politisch von ihm abhängigen, die Premierschaft, den Titel, überließ und sich selbst und seiner Partei die tatsächliche Macht erhielt. Nur deshalb sandte er den Fürsten Tokugawa, der sonst politisch recht unbedeutend war, sich auch nie vorgedrängt hatte, als Delegierten mit nach Washington. Er sollte der Nachfolger, der Stellvertreter Haras werden, bis das Publikum wieder einmal eine Abwechslung wünschte und vergessen hatte, wie lange die Seiyukai am Ruder gewesen war. Durch Haras Ermordung kam es zu dieser freiwilligen Reorganisation im selbstgewählten Zeitpunkt nicht. Takahashi versuchte es mit einfacherer Methode. Er wollte sein Kabinett umbilden, die Minister, die der Oeffentlichkeit am meisten Stoff zu Angriffen geboten hatten, durch andere Parteigenossen ersetzen. Aber jene wollten nicht und waren gütlich nicht loszuwerden. Die Gegensätze innerhalb der Partei wurden schärfer, die Gefahr des Zerfalls größer, und so trat schließlich, um die Partei zu retten und ihr die Mehrzahl der Sitze im Unterhaus zu erhalten, das Kabinett in seiner Gesamtheit zurück.

Jetzt mußte bald auch der, der den überragenden Einfluß Yamagatas hatte bestreiten wollen, zugeben, daß der Mann fehlte, der früher durch jede solche Krisis das Staatsschiff sicher und ruhig hindurchgesteuert hatte. Von dem eigentlichen Genro ist nur noch Matsukata am Leben, der für diese Fragen der Kabinettsbildung nie sehr aktives Interesse gezeigt hat, außer ihm Saionji, der erst sehr spät die Würde eines „Alten Staatsmanns" erhielt, aber nie solchen Einfluß gewann, ihn auch nie erstrebte. Daß er einst nominell Präsident der Seiyukai ge-